

Masse ohne Klasse

Brasilien hat viele Gewerkschaften, doch wenig Arbeiter gehören ihnen an - und es werden immer weniger

Von Norbert Suchanek, Rio de Janeiro

Brasilien ist Weltmeister, zumindest wenn es um die Anzahl von Gewerkschaften geht. Bezogen auf seine Bevölkerungsgröße hat das Land mit Abstand die meisten Arbeitervertretungen in der Welt. Laut dem Nationalen Register der Gewerkschaftsorganisationen des Arbeitsministeriums in Brasília sind es exakt 12.056.

Die Hauptursache für diese gewerkschaftliche Vielfalt ist die bereits in den 1930er Jahren geschaffene Arbeitsrechtsstruktur. Unter der diktatorischen Regierung von Getúlio Vargas von 1930 bis 1945 legte der brasilianische Staat fest, dass die Vertretung der Arbeiter nach Berufsgruppe und Region organisiert sein muss und dass es pro Fachrichtung und Gemeinde nur eine Gewerkschaft geben darf. Diese bis heute bestehende Regel begünstigte die Gründung Tausender zersplitterter Arbeitervertretungen und verhinderte damit die Bildung großer, einflussreicher Gewerkschaften. Es gilt das Prinzip »Teile und herrsche« – zum Vorteil für die Konzerne.

Festgefahrener Korporatismus

Vargas führte ebenfalls die obligatorische Gewerkschaftssteuer ein. Sie beträgt einen Tageslohn pro Jahr und wird von jedem Beschäftigten, der eine »Carteira de Trabalho assinado« (das sogenannte Arbeitsbuch) hat, direkt einbehalten. »Das Arbeitsministerium verwaltet die Mittel und gibt sie zu 60 Prozent an die Einzelgewerkschaften und zu 20 Prozent an die Dachverbände weiter. Der Rest verbleibt beim Ministerium«, so ein Bericht der IG Metall von 2012 zur gewerkschaftlichen Entwicklung in Brasilien.

Die Arbeitervertretungen konnten damit über Jahrzehnte hinweg aus dem vollen schöpfen, ohne dass sich dies jedoch positiv auf das Lohnniveau der verschiedenen Berufszweige auswirkte. Während Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Stadträte und Richter bis heute kontinuierlich angepasste, absurd hohe Gehälter beziehen und finanzielle Privilegien wie ein Fahrzeug inklusive Chauffeur und Benzingeld genießen, blieben beispielsweise die Gehälter von Lehrern der öffentlichen Schulen im Keller. Zwischen 2006 und heute haben sich darüber hinaus die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten vervielfacht – die Inflation galoppiert kontinuierlich den Arbeitslöhnen davon. Doch viele Gewerkschaften halten still. Einige versuchten meist erfolglose Streiks.

Wie die zersplitterte Gewerkschaftsstruktur geht auch das Arbeitsbuch auf die Vargas-Regierung zurück, die es 1932 eingeführt hatte. Das Modell machte

Schule und wurde auf der anderen Seite des Atlantiks kopiert: Im Januar 1935 führte das faschistische Regime von Benito Mussolini in Italien das Arbeitsbuch ein, Adolf Hitler tat es ihnen einen Monat später gleich.

Bis heute profitieren nur Erwerbstätige mit einem gültigen Arbeitsbuch von den im Arbeitsgesetz garantierten Rechten. Dazu zählen etwa bezahlter Urlaub, kontrollierte Arbeitszeiten, das 13. Monatsgehalt und die Sozialversicherung. Der Regierung Vargas diente das Arbeitsbuch gleichzeitig zur Kontrolle der Beschäftigten, die damit beim zuständigen Ministerium registriert wurden und bei der Teilnahme an Demonstrationen oder Streiks leichter zu identifizieren und zu bestrafen waren. Zudem konnte die Polizei in der Vargas-Ära Menschen ohne Arbeitsbuch als »Landstreicher« einsperren. Laut Zensus des Brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik (IBGE) hatten in Brasilien im Jahr 2025 von insgesamt rund 103 Millionen Erwerbstätigen 38,7 Millionen einen Job ohne »Carteira de Trabalho assinado«.

Gewerkschaftsterben

»Auf dem Gebiet der Arbeitnehmerrechte hat Brasilien noch einen gewaltigen Aufholbedarf. Immer noch gelten völlig überholte Gesetze, die die Gewerkschaftsbewegung bremsen. Im Vergleich zu europäischen Verhältnissen haben Gewerkschaften in Brasilien kaum Möglichkeiten, für die Rechte der Beschäftigten zu kämpfen«, konstatierte die IG Metall 2012. Auch die beiden Amtszeiten des ehemaligen Gewerkschaftschefs Luiz Inácio Lula da Silva von 2003 bis 2011 änderten nichts daran. Und die Lage ist noch schlechter geworden: Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sinkt kontinuierlich – 2024 waren es laut IBGE nur noch 8,9 Prozent. Bei den Angestellten des öffentlichen Diensts einschließlich Militär ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf 18,9 Prozent zurück. In den 1980er Jahren lag der Organisationsgrad unter allen Beschäftigten noch bei 30 Prozent.

Eine weitere Schwächung der Arbeitervertretung erfolgte unter der konservativen Regierung von Michel Temer. Sie verabschiedete 2017 eine Reform zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und strich gleichzeitig die für die Tausenden von Gewerkschaften bequeme und lukrative obligatorische Abgabe. Drastische Einnahmeverluste waren die Folge. Gelder gab es nur noch von den tatsächlichen Gewerkschaftsmitgliedern, deren Anzahl im Zuge der Reform noch dazu deutlich schrumpfte. »Wir sind am Tiefpunkt angelangt«, beschrieb Ricardo Patah, Präsident des Dachverbands der Allgemeinen Arbeitergewerkschaft (UGT), die Situation in einem Interview mit der Nachrichtenplattform *Brasil de Fato* 2024. »Wir erleben eine Erschütterung der Gewerkschaftsstruktur, und die Arbeiter sehen schließlich keinen Sinn mehr in ihrer Mitgliedschaft.«

Leere Streikkassen

Exemplarisch für die Situation des brasilianischen Gewerkschaftssystems war der längste Lehrerstreik in der Geschichte Rio de Janeiros im Jahr 2016 – im Vorfeld der Olympischen Spiele. Die Lehrkräfte der staatlichen Schulen des Bundeslands – vertreten durch die Gewerkschaft Sepe-RJ – forderten eine 30prozentige Gehaltserhöhung und bessere Arbeitsbedingungen. Ihr Kampf dauerte mehr als vier Monate und endete erfolglos, als das Landgericht den

Streik für missbräuchlich erklärte und die Regierung daraufhin mit der Streichung der Gehälter drohte. Die Gewerkschaft hatte keine Streikkasse, um die drohenden Lohneinbußen auszugleichen. Die wahren Gewinner waren die Privatschulen, denn deren Lehrgewerkschaft hatte nicht zum Streik aufgerufen. Viele Eltern, die es sich leisten konnten, meldeten deshalb ihre Kinder von den kostenlosen staatlichen Schulen ab und bei den teuren, privaten Lehrinstituten an.

Norbert Suchanek schreibt regelmäßig für die *junge Welt* zu Brasilien und lebt in Rio de Janeiro.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/525563>